

DRESDNER REDEN 2018

11. Februar 2018

Norbert Lammert

Wer vertritt das Volk?

Parlamente, Plebiszite, Populisten

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.



**STAATSSCHAUSPIEL
DRESDEN**



**SÄCHSISCHE
ZEITUNG**

DRESDNER REDEN 2018

In Kooperation mit der Sächsischen Zeitung

4. Februar 2018, 11.00 Uhr

Richard Sennett, Soziologe

The Open City – Die offene Stadt

*Richard Sennetts in englischer Sprache gehaltene Rede
wurde simultan ins Deutsche übersetzt.*

11. Februar 2018, 11.00 Uhr

Norbert Lammert, Bundestagspräsident a. D.

Wer vertritt das Volk? Parlamente, Plebiszite, Populisten

18. Februar 2018, 11.00 Uhr

Dunja Hayali, TV-Journalistin und Fernsehmoderatorin

Heimat kriegt uns alle

25. Februar 2018, 11.00 Uhr

Eugen Ruge, Schriftsteller

Versuch über eine aussterbende Sprache

Norbert Lammert stellt mit seiner Rede **Wer vertritt das Volk? Parlamente, Plebiszite, Populisten** die Bedeutung demokratisch gewählter Gremien in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Jede und Jeder ist für Demokratie, aber die Erwartungen, wie politische Entscheidungen zustande kommen sollten, gehen doch weit auseinander. Weder Regierungen noch Parlamente erfreuen sich eines besonders hohen öffentlichen Ansehens und beinahe folgerichtig treten neben gewählten immer häufiger auch selbsternannte Volksvertreter*innen auf.

WER VERTRITT DAS VOLK? PARLAMENTE, PLEBISZITE, POPULISTEN

Dresdner Rede von Norbert Lammert

Guten Morgen meine Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Klement, herzlichen Dank für Ihre lebenswürdige Begrüßung und für die freundliche Einladung zu dieser traditionellen Reihe der Dresdner Reden, die ich besonders gerne angenommen habe.

Und Ihnen allen danke ich für Ihr Interesse an einem Thema, das nicht ganz so einfach ist, wie es sich anhört und auch nicht so neu, wie es uns manchmal vorkommt.

Wer vertritt das Volk?

Die Frage ist, genau betrachtet, fast so alt wie die Menschheit. Denn spätestens in dem Augenblick, in dem den ersten Menschen klar geworden ist, dass es Dinge gibt, die sie nicht selbst ganz allein nur für sich entscheiden können, sondern dass es auch Dinge gibt, die untereinander geklärt und geregelt werden müssen, entsteht unvermeidlicherweise die Frage „Ja, und wer entscheidet das eigentlich? Wie kommt das zustande, was nicht nur für mich, sondern auch für andere, möglicherweise für alle

anderen, in gleicher Weise gelten soll? Und gibt es eine Möglichkeit, das, was nicht nur für einen jeweils selbst, sondern für alle gemeinsam geregelt werden muss, wiederum von allen gemeinsam regeln und entscheiden zu lassen?“

Bedenkt man das Alter dieser Fragen, dann ist es eigentlich erstaunlich, dass die demokratische Verfassung moderner Gesellschaften, die wir inzwischen auch in Deutschland beinahe für selbstverständlich halten, auf einer virtuellen Vierundzwanzig-Stunden-Uhr der Menschheit gewissermaßen erst kurz vor zwölf entstanden und geschaffen worden ist. Die Demokratie im Allgemeinen und die parlamentarische Demokratie im Besonderen sind bestenfalls 250 Jahre alt. In Deutschland, mit dramatischen Unterbrechungen, gerade mal 100 Jahre alt. In diesem Teil Deutschlands mit noch dramatischeren Turbulenzen jetzt noch keine 30 Jahre alt. Wenn wir uns nicht nur mit den historischen Entwicklungen und den Funktionsbedingungen der Demokratie beschäftigen, sondern auch mit dem Ansehen der Demokratie, dann gibt es eine auffällige Diskrepanz. Auf der einen Seite gibt es den scheinbar unwiderstehlichen Siegeszug der Demokratie als eine vom Grundsatz her offensichtlich kaum noch anfechtbare politische Verfassung moderner Gesellschaften. Diese Entwicklung ist großzügig betrachtet gerade mal ein halbes Jahrhundert alt. Noch Mitte des vergangenen Jahrhunderts hätte ein Großteil der damals existierenden politischen Systeme jedenfalls keinen besonderen Wert darauf gelegt, als Demokratie wahrgenommen zu werden. Heute weist jeder, jeder Staat und jeder Politiker, den Verdacht, nicht demokratisch zu sein, mit Abscheu und Empörung zurück. Unabhängig von der Frage, welche Substanz eigentlich mit diesem Begriff verbunden wird. Und parallel zu diesem unwiderstehlichen Siegeszug der Demokratie als Staatsform, oder genauer gesagt des Begriffs Demokratie als Bezeichnung für die jeweils existierende Staatsform, wachsen die Zweifel an der Tragfähigkeit dieses Systems. Und sie wachsen am stärksten da, wo die demokratischen Systeme am stabilsten sind. Die Zweifel daran, ob die Demokratie der vorläufig abschließende Lösungsweg zur Klärung und Regelung anspruchsvoller gesellschaftlicher Fragen ist, werden ja nicht hauptsächlich in Russland, in China oder in Nordkorea gestellt, sondern in Deutschland, in Frankreich, in Italien. Also auf genau dem Kontinent, auf dem das Konzept einer modernen Demokratie entstanden ist, das wir heute für den gegebenen Standard politischer Urteilsbildung halten.

Wer vertritt das Volk? Und wodurch, durch welche Verfahren oder Institutionen, ist es am angemessensten, am ehesten vertretbar, vertreten?

Dazu gibt es eine Reihe von begründeten Erwartungen. Es gibt allerdings auch eine Reihe von hartnäckigen Missverständnissen. Und ein besonders weit verbreitetes Missverständnis ist die Vorstellung, es gäbe so etwas wie einen identifizierbaren Volkswillen. Den gibt es eben nicht. Der Volkswille existiert nur im Plural. Das, was wir für Volkswillen erklären, ist das Ergebnis eines komplizierten politischen Urteilsprozesses,

der auf eine ganz unterschiedliche Weise stattfinden kann. Ob ein Staat von seinen Bürgern und deren hart erarbeiteten Einkommen Steuern erheben soll, dazu gibt es gewiss keinen einheitlichen Volkswillen. Ob es außer Lohn- und Einkommenssteuern auch noch Umsatzsteuern geben soll und in welcher Höhe und außer den allgemeinen Umsatzsteuern noch so liebenswürdige Einrichtungen wie Tabaksteuern und Weinsteuern und Sektsteuern und was wir sonst da alles im Repertoire haben, einen einheitlichen Volkswillen gibt es dazu ganz sicher nicht, sondern es gibt in ein und demselben Volk dazu höchst unterschiedliche Positionen. Ob ein Land Flüchtlinge aufnehmen soll? Erstens überhaupt? Und zweitens wenn ja, wie viele? Und welche? Und wie lange? Und möglicherweise auch deren Familienangehörige? Dazu gibt es zweifellos sehr markante Meinungen, aber sicher keinen einheitlichen Volkswillen. Ob man neben politischen Flüchtlingen auch so genannte Wirtschaftsflüchtlinge aufnehmen soll? Wie man die überhaupt unterscheiden kann und soll? Und ob man sich dieser Mühe überhaupt unterziehen sollte? Oder unvermeidlicherweise unterziehen muss, auch dazu gibt es alles, aber keinen Volkswillen. Ob man eine relativ gut funktionierende nationale Währung zugunsten einer gemeinsamen europäischen Währung aufgeben und ob man Ländern helfen solle in diesem Währungsraum, die erkennbar Probleme haben, das Verhältnis ihrer Ausgaben zu ihren Einnahmen in ein verlässlich ausbalanciertes Verhältnis zu bringen, dazu gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen, aber eben keinen Volkswillen. Der Volkswille wird künstlich hergestellt, weil es ihn als Naturprodukt nicht gibt. Und weil das alles so kompliziert ist, kam die Menschheit irgendwann auf den famosen Einfall, die notwendige Klärung solcher Sachverhalte in einem organisierten Prozess vorzunehmen, bei dem möglichst in regelmäßigen Abständen das Volk Repräsentanten wählt, von denen die Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden, die am Ende gelten, weil diese Volksvertreter durch Wahlen legitimiert sind. Wer den vermeintlichen Volkswillen gegen die demokratisch-parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen ausspielt, hat weder das Volk verstanden noch die Demokratie. Und wer sich als wahrer Volksvertreter ausgibt, ist aus genau diesem Grunde sicher keiner.

Wenn wir über Demokratie reden, reden wir heute immer häufiger über scheinbare Selbstverständlichkeiten und über hartnäckige Missverständnisse. Ein weit verbreitetes Missverständnis ist die Vorstellung, Demokratie sei ein Verfahren zur Vermeidung von Streit. Das ist bestenfalls gut gemeint, aber sicher nicht lebensnah. Wenn überhaupt, ist das Gegenteil richtig. Demokratie ist ein Verfahren zur geordneten Durchführung unvermeidlichen Streits. Weil Streit in einer Gesellschaft wegen der regelmäßigen Auseinandersetzungen über gleiche Anliegen unvermeidlich ist, braucht jede Gesellschaft ein Verfahren, mit dem ein solcher Streit zivilisiert ausgetragen werden kann und am Ende Ergebnisse zustande kommen, die alle grundsätzlich akzeptieren

können, selbst wenn sie das gefundene Ergebnis so lieber nicht gesehen hätten. Oder anders formuliert: die Einigkeit im Verfahren ist Voraussetzung für die Uneinigkeit in der Sache. Streit kann sich eine Gesellschaft überhaupt nur dann, dann allerdings gut, erlauben, wenn klar ist, wie er auszutragen ist.

Das führt zu einem weiteren Missverständnis: Nämlich zu der gerade in Deutschland weit verbreiteten Vorstellung, eine demokratisch zustande gekommene Entscheidung sei die richtige Entscheidung. Wer über die Mehrheit verfügt, neigt zu der Überzeugung, seine Auffassung sei offensichtlich die richtige. Das sei ja durch die Mehrheit gewissermaßen notifiziert. Auch das ist gut gemeint, aber wiederum nicht zutreffend. Wiederum trifft eher das Gegenteil zu: Hätte die Mehrheit den Nachweis führen können, dass sie Recht hat, hätten weder Wahl noch Abstimmung stattfinden müssen. Sie finden überhaupt nur deswegen statt, weil man den Nachweis nicht führen konnte, was mit Sicherheit richtig oder falsch ist. Die logische Voraussetzung demokratischer Mehrheitsentscheidungen ist die gemeinsame Einsicht, dass niemand über Wahrheiten verfügt. Das ist offenkundig eine der sensibelsten Zusammenhänge im Selbstverständnis funktionierender Demokratien. Aber für mich ist es der eigentliche Kern des Politischen: Die Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer verlässlichen Beantwortung der Wahrheitsfrage. Wir wissen nicht, was wahr ist, aber wir haben unsere jeweiligen Auffassungen und Überzeugungen, und gelegentlich scheint es so, als seien diese Überzeugungen und Meinungen umso gefestigter, je weniger wir wissen, was wahr ist. Politik handelt nicht von Wahrheiten, sondern von Interessen. Gerade weil wir die Wahrheitsfrage nicht beantworten können, ist Politik nötig und Demokratie möglich. Ihre Voraussetzung ist aber, dass niemand für seine Überzeugungen und Meinungen und Interessen einen Absolutheitsanspruch erheben darf. Niemand. Mehrheitsentscheidungen gelten nicht deshalb, weil sie wahr sind. Bedauerlicherweise gelten sie selbst dann, wenn sie nicht wahr sind. Sie gelten, weil man sich in Ermangelung besserer Kriterien darauf verständigt hat, dass gelten soll, was eine Mehrheit für richtig hält. Und folgerichtig gelten sie auch nur so lange, bis eine andere Mehrheit anderes für richtig hält. Demokratie, meine Damen und Herren, garantiert bedauerlicherweise auch nicht die bestmöglichen Lösungen, sondern die meistgewünschten Lösungen. Der Unterschied kann im Einzelfall beträchtlich sein.

Und schließlich ein viertes Missverständnis, das gerade in gut funktionierenden Demokratien weit verbreitet ist. Das Missverständnis: Eigentlich sei das der Kern der Demokratie, dass die Mehrheit entscheidet. Auch das ist nicht ganz falsch, aber es ist wiederum nicht ganz richtig. Eine Demokratie erkennt man nicht wirklich daran, dass Mehrheiten Entscheidungen entscheiden, sondern dass Minderheiten Rechte haben, die auch einer Mehrheit nicht zur Disposition stehen. Das ist das eigentliche Gütesiegel einer funktionierenden Demokratie.

Demokratie ist nicht schlicht die Herrschaft der Mehrheit, schon gar nicht die Herrschaft des Volkes. Demokratie ist der Schutz von Minderheiten unter dem Protektorat der Verfassung und ihrer Institutionen.

Wenn das alles richtig, mindestens nicht ganz falsch ist, dann wird die Frage umso wichtiger: „Und wie organisiert man das? Wie kann man das in eine nachvollziehbare Struktur bringen, die möglichst vielen die Möglichkeit geben, sich mit ihren jeweiligen Anliegen, Auffassungen und Interessen an diesem Prozess zu beteiligen, der dennoch irgendwann zu Ergebnissen kommen muss?“

Die aus den genannten Gründen wiederum nicht in Beton gegossen, sondern prinzipiell disponibel sind, mit Ausnahme solcher Grundrechte, die wir jedenfalls in unserer Verfassung auch den Entscheidungsmöglichkeiten von Mehrheiten entzogen haben. Die Zeiten, in denen es einen ziemlich unangefochtenen Anspruch von Parlamenten gab, diese Rolle einzunehmen, also genau diese Entscheidung zu treffen, diese Zeiten sind möglicherweise vorbei. Jedenfalls lässt sich nicht übersehen, dass die Erwartungen neben Parlamenten auch andere Möglichkeiten der direkten Einflussnahme auf für alle geltende Entscheidungen zu schaffen, in den vergangenen 20/25 Jahren deutlich gestiegen sind. Es sind allerdings in den letzten zwei, drei Jahrzehnten nicht nur die Erwartungen an stärkere Beteiligungsmöglichkeiten gestiegen, es sind auch die Möglichkeiten gestiegen. In den vergangenen zehn Jahren sind in Deutschland insgesamt mehr Bürgerinitiativen, Bürgerentscheide, Volksinitiativen und Volksentscheide in Gang gesetzt und durchgeführt worden, als in den 50 Jahren zusammen davor. Ich halte diese Formen plebiszitärer politischer Beteiligung neben dem Parlament nicht nur für zulässig, sondern auch für vernünftig, jedenfalls so lange, wie man nicht auf den kühnen, wiederum gut gemeinten, aber lebensfremden Einfall kommt, sie könnten repräsentative Entscheidungsprozesse ersetzen. Dass sie das sicher nicht können, sowohl aus quantitativen wie aus inhaltlichen Gründen, will ich auch mit einem statistischen Befund untermauern. Von den 324 Volksinitiativen unterschiedlichster Art, die es in der Bundesrepublik Deutschland auf Länderebene jemals gegeben hat, haben es ganze 23 bis zur Entscheidung gebracht. Das sind deutlich weniger als zehn Prozent. Die große Masse dieser Initiativen ist im Sande verlaufen, weil die Mindestquoten der Beteiligung nicht erreicht wurden, die Voraussetzung für die Fortsetzung eines Verfahrens oder für das Zustandekommen einer rechtsverbindlichen Entscheidung sind. Das wirft, meine Damen und Herren, dann allerdings die Frage auf, ob das Beteiligungsinteresse der Bürgerinnen und Bürger im Konkreten wirklich so ausgeprägt ist wie im Allgemeinen. Oder anders herum formuliert: Auf die allgemeine Frage, ob neben parlamentarischen Entscheidungen nicht auch direkt demokratische Entscheidungen und Einflussmöglichkeiten gegeben sein sollten, antworten selbstverständlich haushohe Mehrheiten: unbedingt. Wenn genau die

gleichen, die diese Frage positiv beantwortet haben, als Wählerinnen und Wahlbürgerinnen und Wahlbürger die konkrete Möglichkeit der Beteiligung an einer solchen Entscheidung haben, reduziert sich das allgemeine Interesse jedoch dramatisch. In der wissenschaftlichen Diskussion ist dafür inzwischen längst der Begriff der sogenannten „Vorgartendemokratie“ entwickelt worden: Alles, was in meinem Vorgarten stattfindet, entscheide ich bitte ganz alleine. Jedenfalls nicht ohne mein Votum. Je weiter es sich vom eigenen Grundstück entfernt, desto weniger habe ich damit zu tun. Das sollen dann gefälligst andere machen. Mal abgesehen davon, dass diese Art von selektiver Wahrnehmung von Entscheidungsmöglichkeiten zweifellos legitim ist, jedenfalls nicht verfassungswidrig, führt es jedenfalls zu dem unvermeidlichen Effekt, dass am Ende immer die Interessenten darüber entscheiden, wie sie es am liebsten hätten. Das für einen offenkundigen Vorzug reifer demokratischer Willensbildung zu halten, fällt mir außerordentlich schwer. Deswegen warne ich auch vor der offensichtlichen Versuchung, die Erfolgsaussichten von Plebisziten durch Absenkung der Quoren zu begünstigen. Das ist ja die scheinbar pfiffigste Lösung des Problems, dass man – wenn die meisten Volksentscheide daran scheitern, dass es keine hinreichende Beteiligung gibt – die Ansprüche für die notwendige Beteiligung reduziert, am Ende hilfsweise überhaupt keinen Anspruch mehr hat und eine beliebige Zahl von Beteiligten für das gültige Entscheidungsgremium erklärt.

Wenn man die vielen strukturellen Vorzüge, die parlamentarische Entscheidungsprozesse gegenüber Plebisziten haben, durch eine plebiszitäre Entscheidung ersetzen will, mit dem Anspruch, eine mindestens ähnliche Legitimation zu haben, dann ist nach meinem Verständnis eine möglichst hohe und nicht beliebig niedrige Beteiligung der Wahlberechtigten Voraussetzung für die Mindestlegitimation. Ich persönlich würde eine mindestens fünfzigprozentige Beteiligung für die Voraussetzung der Gültigkeit eines Plebiszits gegenüber denkbaren parlamentarischen Voten für angemessen halten.

Ich halte aber trotz mancher ernüchternder Erfahrung, die wir mit Plebisziten in der jüngeren Vergangenheit gemacht haben, an der vorhin vorgetragenen Grundposition fest, dass eine reife Demokratie durchaus die Ergänzung des einen mit dem anderen verträgt, aber eben nicht zu Rabattbedingungen. Und diejenigen, die immer mal wieder glauben oder jedenfalls vortragen, die direkte, die plebiszitäre Entscheidung sei die überlegene Form demokratischer Urteilsbildung gegenüber einer parlamentarischen Meinungs- und Willensbildung, möchte ich gerne auf zwei, drei Punkte aufmerksam machen, die dabei jedenfalls bedacht werden sollten:

Der eine Punkt ist, dass Parlamente, wie immer sie zusammengesetzt sein mögen (das entscheiden bei uns ja jedenfalls verlässlich in regelmäßigen Abständen die Wählerinnen und Wähler), dass Parlamente im Vergleich zu einer wie auch immer

zusammengesetzten Volksgemeinschaft auf kommunaler und auf Landesebene ein höheres Maß an Professionalität im Umgang mit dem jeweiligen Thema aufweisen, als das beliebige virtuelle Volksgemeinschaften aufbringen können. Zu keinem Zeitpunkt beispielsweise kann und will bei Volksentscheidungen irgendjemand kontrollieren, wie viele der daran beteiligten Wählerinnen und Wähler sich vor ihrem Votum mit dem Sachverhalt überhaupt befasst haben, geschweige denn wie gründlich. Und das führt zu dem zweiten Punkt, der jedenfalls nicht unerheblich ist. Nämlich, wie kann ich sicherstellen, dass Entscheidungen, die am Ende gelten, mit einem möglichst hohen Maß an Kompetenz in der Sache zustande kommen? Mir fällt auf, dass in den Gesellschaften, in denen wir heute leben, wir in Deutschland wie die meisten Europäer, aber zunehmend auch viele andere Länder auf diesem Globus, es zu den gar nicht mehr befragten Selbstverständlichkeiten gehört, dass immer mehr Menschen immer mehr ihrer höchstpersönlichen Angelegenheiten nicht selber vertreten, sondern durch Dritte vertreten lassen: ihre Lohn- und Einkommensinteressen durch Gewerkschaften, ihre Vermögensinteressen durch Banken, ihre Lebensrisiken durch Versicherungen, ihre Rechtsrisiken durch Anwälte und einschlägige Institutionen. Aber wenn es um den Bau von Flughäfen, Kernkraftwerken oder Bahnhöfen geht, sagen die gleichen Leute „Das entscheid' ich selbst. Das kann niemand besser beurteilen als ich.“ So richtig konsistent kommt mir diese Orientierung nicht vor.

Und es gibt schließlich einen dritten, vielleicht sogar wichtigsten Aspekt, der jedenfalls Vorsicht gegenüber der Vermutung nahe legt, Plebiszite seien die reifere, legitimiertere Form demokratischer Urteilsbildung als parlamentarische Entscheidungen. Das Risiko einer spontanen, von starken Emotionen oder vom Zufall des Abstimmungstermins abhängigen Entscheidung ist nach in der Regel monatelangen gründlichen parlamentarischen Beratungen schon geringer als bei Volksabstimmungen. Und zweitens, wenn denn mal eine Entscheidung getroffen ist und sich früher oder später der Eindruck durchsetzt, dass sie wohl doch nicht so ganz gelungen war, ist die Aussicht, sie zu korrigieren im parlamentarischen Verfahren allemal höher als durch Plebiszite.

Wie das Kaninchen auf die Schlange blickt heute das britische Parlament, das zu den ältesten und stolzesten der Menschheitsgeschichte gehört, auf ein einmal getroffenes plebiszitäres Fehlurteil. Und es quält sich erkennbar mit dem doppelten Ärgernis, einen Volkswillen umzusetzen, für den es im Parlament gar keine Mehrheit gab, den es inzwischen vielleicht auch gar nicht mehr gibt, und die nun stattfindenden Verhandlungen zwischen der Kommission der Europäischen Union und der eigenen Regierung nicht nur zu beobachten, sondern auch zu beeinflussen und über ihr Ergebnis abschließend entscheiden zu können. Das zeigt, dass es schwierig, um nicht zu sagen aussichtslos ist, eine einmal qua Plebiszit getroffene Entscheidung zu korrigieren.

Und das führt zu meiner letzten Anmerkung zu diesem Thema „Repräsentative oder plebiszitäre Entscheidungsprozesse“: Es liegt in der Natur von Entscheidungen, dass sie richtig oder falsch sein können, und es gehört zu den bedauerlichen Erfahrungen der Menschheitsgeschichte, dass man meistens erst hinterher weiß, in welche Kategorie diese Entscheidung fällt. Das trifft natürlich logischerweise für parlamentarische Entscheidungen ebenso zu wie für Plebiszite auch. Aber eine ganz wesentliche Frage in diesem Zusammenhang ist „Wer übernimmt eigentlich die Verantwortung für Fehlentscheidungen?“. Bei parlamentarischen Entscheidungen ist leicht auszumachen, wer sie getroffen und dafür den Kopf hinzuhalten hat. Bei Plebisziten gibt es nie eine identifizierbare Verantwortung. Es waren immer alle und keiner. Es ist nie jemand konkret für das verantwortlich, was gleichwohl rechtsverbindlich wurde. Deshalb will ich bei aller Aufgeschlossenheit für ergänzende plebiszitäre Verfahren wiederholen, die Vorstellung sie könnten parlamentarische Urteilsbildung ersetzen, man könne im 21. Jahrhundert die repräsentative Demokratie in einer aufgeklärten Gesellschaft endlich durch eine direkte Volksdemokratie ersetzen, ist vielleicht populär, aber ist sicher nicht vernünftig. Das Repräsentationsprinzip ist weder in der Theorie noch in der politischen Praxis Ersatz für das Prinzip der Volkssouveränität, sondern sein wirklichkeitsgerechter Ausdruck.

Und wenn Sie noch ein paar Minuten Geduld haben, würde ich mich jetzt mit einem, vor allen Dingen für aktive Politiker, zu denen ich nicht mehr gehöre, besonders unangenehmen, aber natürlich dringlichen Punkt befassen wollen, der uns ja seit geraumer Zeit in unterschiedlichen Rollen beschäftigt. Nämlich die gefühlte, wohl auch tatsächliche, gewachsene Distanz der Bevölkerung der Wählerinnen und Wähler des souveränen Volkes zu den Entscheidungsträgern, die sie selbst gewählt haben. Diese Distanz, was immer einem sonst dazu einfallen mag, hat auch mit Erwartungen zu tun, die kaum zu erfüllen sind. Dazu zählt, dass einerseits Entscheidungskraft und Kompromissfähigkeit erwartet werden, andererseits Einigungen mit dem Vorwurf der Profilschwäche quittiert werden. In einer politischen Kultur, die statt des diskursiven Austausches sachlicher Argumente nur wütende Konfrontation kennt oder zur Kenntnis nimmt, weil, was nicht laut vorgetragen wird, gar nicht wahrgenommen wird, offenbaren sich ein gravierender Mangel an Verständnis, die Grundlagen einer pluralistisch verfassten Gesellschaft und eine fatale Verweigerung, die Mindestansprüche politischer Entscheidungsfindung in einer Demokratie anzuerkennen. Die am Ende meistens langwieriger Willensbildungsprozesse in zähen Abläufen gefundenen Lösungen sind in aller Regel Kompromisse und stellen auch deshalb nicht unbedingt alle zufrieden. Henry Kissinger hat einmal gesagt: „Ein guter Kompromiss ist ein Ergebnis mit dem alle Beteiligten unzufrieden sind.“ Daran gemessen ist der alten neuen Großen Koalition, wenn sie denn zustande kommt, ein außerordentlich guter Kompro-

miss gelungen. Kompromissfähigkeit ist aber eine unabdingbare demokratische Tugend. Freie Gesellschaften erleben und brauchen Dissens. Dies anzuerkennen ist die Voraussetzung jeder demokratischen Willensbildung. Das Misstrauen gegenüber politischem Streit jedoch, der Verlust an Konsensfähigkeit und der oft erkennbare Widerwille gegen Kompromisse sind mir auch in meiner fast vier Jahrzehnte dauernden parlamentarischen Zeit und insbesondere in den letzten Jahren immer wieder begegnet. Auch in Briefen von Bürgern, die mit einer ebenso erstaunlichen wie befremdlichen Gewissheit von der eigenen Haltung auf die des Volkes schließen. Nicht selten, im Übrigen, flankiert von Intellektuellen, die nicht nur die Volksmeinung wiederentdeckt haben, sondern sie gleich für sich reklamieren.

Wie erklärt sich diese Entwicklung?

Sie hat sicher auch zu tun mit der zunehmenden Individualisierung von Interessen, sie schlägt sich politisch in der verringerten Integrationskraft von politischen Parteien nieder, eine Erfahrung, die Parteien übrigens nicht exklusiv machen, sondern die auch Kirchen und Gewerkschaften und Sportverbände. Nennen Sie mir mal eine gesellschaftliche Institution, außer dem Dresdner Staatsschauspiel, die diese Erfahrung nicht auch seit geraumer Zeit hat machen müssen?! Den Parteien fällt es in einer zunehmend individueller, immer partieller werdenden Gesellschaft immer schwerer, als Transmissionsriemen zwischen Politik und Gesellschaft zu wirken. Moderne Gesellschaften sind geradezu gekennzeichnet durch den raschen Wechsel von vielfältigen Interessen und komplexen Themen, im Vergleich dazu sind Bürgerinitiativen natürlich schneller, punktgenauer, flexibler, als das vergleichsweise festgefügte Institutionen sein können. Das ist auch alles gut auszuhalten. Problematisch wird es dann, wenn das legitime Eigeninteresse zum vermeintlichen Interesse aller erhoben wird. Zum Volkswillen aufgeblasen wird. Begünstigt dadurch, dass in der veränderten Mediennutzung das Internet einen gigantischen Raum bietet, um sich mit Gleichgesinnten zu umgeben und den selbsterhobenen Anspruch durch zustimmende Klicks zu bestätigen. Wie sehr die Digitalisierung nicht nur technisch die Kommunikationsbedingungen moderner Gesellschaften verändert, das gehört zu den großen Themen, von denen ich den Eindruck habe, dass wir mit der Aufarbeitung der damit verbundenen Wirkungen bestenfalls begonnen, ganz sicher aber noch keinen festen neuen Boden unter den Füßen gewonnen haben.

Und ich will auf ein anderes Problem aufmerksam machen, das sicher auch zu den Erklärungen des veränderten Wahlverhaltens und des veränderten Parteienspektrums gehört, das wir in Deutschland seit einigen Jahren beobachten können.

Wenn ich meine Erfahrungen mit dem deutschen Parlamentarismus mit den Eindrücken vergleiche, die ich in vielen Ländern der Welt und in nahezu allen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren gewonnen habe, dann gehört zu den

auffälligsten und für mich auch ermutigsten Erfahrungen, dass es in Deutschland weniger als irgendwo sonst ein ausgeprägtes Freund-/Feindverhältnis konkurrierender Parteien und Politiker zueinander gibt. Das finden auch viele inzwischen eigentlich normal, um nicht zu sagen selbstverständlich, aber man muss nicht weit und von Dresden noch weniger weit laufen in europäische Nachbarländer, um ganz andere Reflexe zu beobachten. Wo nach wie vor demokratisch, zweifellos demokratisch, erzielte Wahlsiege als Legitimation für die Vernichtung des Gegners betrachtet werden. Mindestens zur Beseitigung der Bedingungen, unter denen jeweils wieder andere Mehrheitsverhältnisse zustande kommen könnten. Das haben wir in Deutschland glücklicherweise nicht mehr. Wir haben ganz im Gegenteil nach den traumatischen Erfahrungen einer gescheiterten Demokratie, der ersten deutschen Demokratie, begonnen vor ziemlich genau 100 Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, eine erstaunliche Balance entwickelt zwischen dem natürlichen Konkurrenzreflex politischer Parteien und aktiver Politiker auf der einen Seite und der Konsens- und Kompromissfähigkeit der gleichen Parteien und Politiker auf der anderen Seite, insbesondere, wenn es um wesentliche Herausforderungen geht. Ich behaupte einmal, es würde in kaum einem anderen Land in Europa gelingen, über solche hochkomplexen und deswegen auch unpopulären Themen wie beispielsweise Griechenlandhilfe I, II, III oder Flüchtlingswelle nicht nur einen geordneten Diskurs zu führen und darüber, wenn nötig, auch heftig zu streiten, was denn vielleicht am ehesten vernünftig und zumutbar ist, sondern am Ende zu parlamentarischen Mehrheiten zu kommen, die wesentlich größer sind als jene, über die eine ohnehin schon viel zu große Koalition alleine verfügt. Für diese Errungenschaft unseres politischen Systems zahlen wir den hohen Preis, dass ein beachtlicher Teil von Wählerinnen und Wählern sich mit ihrer Skepsis gegenüber bestimmten politischen Entscheidungen nicht repräsentiert fühlen. Weil sie, wie vernünftig die Entscheidung am Ende gewesen sein mag, den zutreffenden Eindruck haben: „Aber mein Einwand kommt da gar nicht vor. Ich fühle mich mit dem, was ich für richtig halte, nicht vertreten.“ Dass dieses, nicht nur eingebildete Problem des Nicht-vertreten-Seins, vielleicht sogar der politischen Hilfslosigkeit, dann regelmäßig durch Lautstärke kompensiert wird, ist kein völlig neuer Effekt. Aus diesem Dilemma heraus gibt es, wie übrigens meistens bei Dilemmata, keinen Königsweg. Denn es wird Ihnen hoffentlich einleuchten, dass ich mich nur schwer zu der Empfehlung entschließen kann, das aufzugeben, was ich gerade als eine Errungenschaft der deutschen Demokratie gepriesen habe. Nämlich das Bemühen um gemeinsame Lösungen, auch und gerade bei großen Herausforderungen, und diesen Versuch für noch wichtiger zu halten, als die Profilierung gegenüber der jeweiligen politischen Konkurrenz. Aber wir dürfen eben nicht aus dem Auge verlieren, schon gar nicht im Bewusstsein der jüngeren Erfahrungen, für die Dresden ein besonders markantes

Beispiel ist, dass dies seinen Preis hat. Wenn Parlamente nicht mehr als Ort des Streits wahrgenommen werden, meinetwegen auch als Orte der künstlichen oder der tatsächlichen Empörung, dann werden die Straßen und Plätze zu Orten des Streits und der Empörung. Wenn leise Hinweise auf dieses oder jenes nicht oder scheinbar nicht hinreichend diskutierte Problem nicht wahrgenommen werden, sind laute Töne die absehbare Folge. Wir brauchen also, meine Damen und Herren, nicht nur im institutionellen Sinne eine neue Balance zwischen gewählten und nicht gewählten Repräsentanten der Gesellschaft – eine neue Balance in der Urteilsbildung unserer Gesellschaft. Wir brauchen sie auch im Verhältnis zwischen den staatlichen Institutionen auf der einen Seite und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite.

Ich will das zum Schluss mit einem prägnanten Satz des amerikanischen Präsidenten verdeutlichen – natürlich nicht des jetzigen, von dem habe ich noch keinen zitierfähigen Satz gehört. Sein Vorgänger Barack Obama hat bei seiner Abschiedsrede als amerikanischer Präsident in Chicago gesagt: „Die Demokratie ist immer dann am meisten gefährdet, wenn die Menschen beginnen, sie für selbstverständlich zu halten.“

Sie ist nicht selbstverständlich. Und dass sie nicht selbstverständlich ist, dafür gibt die deutsche Geschichte noch dramatischere Zeugnisse als die Geschichte vieler anderer Völker auf dieser Welt. Wir haben länger gebraucht als andere und mehrere Anläufe, bis wir zu stabilen, aber eben nicht selbstverständlichen demokratischen Verhältnissen gekommen sind. Und wir leben nach wie vor in einer Welt, die größer ist, als sie jemals zuvor war, und in der niemals zuvor so viele Milliarden Menschen die Mindestbedingungen demokratischer Urteilsbildung nicht zur Verfügung hatten, die wir für selbstverständlich halten. Und deswegen müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, dass ein aufgeklärtes, modernes Gemeinwesen nicht nur demokratisch gewählte Parlamente und handlungsfähige Regierungen braucht, sondern auch eine vitale Zivilgesellschaft, eine vitale Bürgergesellschaft, die sich nicht nur ihrer jeweils individuellen Interessen und Anliegen bewusst ist, sondern der Verantwortung, die wir alle gemeinsam für dieses Land und seine Zukunft haben.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

DRESDNER REDEN 1992 – 2018

1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow –
Regine Hildebrandt
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Plesău – Rolf Schneider
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

2001

Adolf Dresen – Rita Stüssmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

2013

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

2014

Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff

2015

Heinz Bude – Carla Del Ponte – Jakob Augstein – Andreas Steinhöfel – Michael Krüger

2016

Naika Foroutan – Peter Richter – Giovanni di Lorenzo – Joachim Klement

2017

Ilija Trojanow – Lukas Bärfuss – Eva Illouz – Matthias Platzeck

2018

Richard Sennett – Norbert Lammert – Dunja Hayali – Eugen Ruge

IMPRESSUM

Spielzeit 2017/2018

HERAUSGEBER Staatsschauspiel Dresden

INTENDANT Joachim Klement KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER Wolfgang Rothe

GRAFISCHE GESTALTUNG Andrea Dextor

TEXTNACHWEISE Alle Rechte liegen bei den Rednern.

GENDERHINWEIS

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in dieser Publikation an manchen Stellen auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung, z. B. Besucher*innen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Menschen.

Das Staatsschauspiel Dresden ist Mitglied
der European Theatre Convention.



02.2018